Basisorganisation und Fraktion der Gemeindevertretung DIE LINKE.
www.dielinke-petershagen-eggersdorf.de
DIE LINKE.
ars communalis
Auflage 7.000
65
Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!
15. Juni 2025

Hier zu Hause bleiben können?
Kommunale Wohnungen gut managen

Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist groß. Auch rund um Berlin steigen die Mieten weiter. Das beschleunigt die Abwanderung vor allem junger Menschen, die wir für unsere Zukunft im Ort brauchen. Überall wird um neues Personal für die Verwaltung, die freiwillige Feuerwehr, den Bauhof oder Lehrer und Betreuer für Kinder geworben. Diesen Menschen, die hier leben und wohnen, sich aber oft kein Grundstück oder eine Eigentumswohnung leisten können, müssen wir bessere Chancen geben.

Außerdem sind Wohngemeinschaften für die ersten Schritte ins selbständige Leben gefragt. Statt täglichem Stau beim Pendeln lieber Wohnen und Arbeiten im Ort, auch um die soziale Bindung im Heimatdorf zu pflegen.

Wohnungen in Gemeindehand? Wir sind der Meinung, dass es gute Gründe gibt, sich damit weiter ernsthaft zu befassen und sinnvolle Lösungen zu finden. Das wird vom Vorsitzenden der AfD-Fraktion in der Gemeindevertretung im „Doppeldorf 5/25“ allerdings massiv bezweifelt.

Den kommunalen Wohnungsbestand auf sichere Füße zu stellen, war Anliegen des Beschlusses der Gemeindevertretung vom Juni 2022. Insbesondere sollten Formen einer effektiven Verwaltung gefunden werden. Es ist dazu bis heute eher bei vagen Ideen geblieben.

Wohnraum erhalten, sanieren und erweitern, so das mögliche Ziel für die ca. 80 kommunalen Wohnungen in unserem Ort. Natürlich lohnt es sich, genau hinzuschauen, was wirtschaftlich Sinn macht. Das Spektrum reicht von Einzelhaus bis Wohnblock, von Leerstand bis gerade saniert, oder wo lohnt es sich sogar noch aufzustocken?

Diese Bewertung des Bestands ist über lange Zeit nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit geschehen. Inzwischen haben die zuständigen Ausschüsse konkret daran gearbeitet.

Gemessen an den mehreren Tausend Privatwohnungen ist die Anzahl der

(Fortsetzung …)

Gartenwasserzähler
Kommunikationsdesaster oder Abzocke?

Vieles spricht dafür: Beides!

Der Vorsteher des Wasserverbandes Strausberg-Erkner (WSE) ließ die Bürgermeister in der Vollversammlung im Dezember über eine neue Gebührenordnung abstimmen. Diese realisierten aber erst nach massiven Bürgerprotesten im Frühjahr die Tragweite ihrer Entscheidung. Ähnlich wie bei den langwierigen Verhandlungen mit Tesla, kommuniziert Herr André Bähler fragwürdig und lückenhaft.

Wasser für die Nutzung im Hausgarten wird nur zum Preis von Frischwasser, also ohne Entsorgungskosten berechnet. Das ist für den Lieferanten und den Kunden korrekt. Kostete der alle sechs Jahre fällige Zählerwechsel die Gartenbesitzer bisher etwa 70 Euro, können es jetzt im Extremfall bis zu 700 Euro werden, weil der Wasserverband diese Leistung wegen des angeblich sogar gestiegenen Arbeitsaufwands nicht mehr selbst ausführen will. Ein Zählerwechsel (Verschraubungen lösen/wieder anbringen, Plombe setzen) dürfte wie bisher in etwa 30 Minuten erledigt sein. Nun ist es zu verstehen, dass auch diese halbe Stunde Geld kostet, das der Verband nicht verschenken darf. Mit einer moderaten Preisanpassung für den Zählerwechsel könnte sicher jeder Gartenfreund leben…

Aber nach dem Willen des Verbandes soll es jetzt ganz anders laufen: Rund 45.000 Abnehmer von Gartenwasser müssen nun selbst eine *vom Verband zugelassene Fachfirma* mit dem Wechsel beauftragen, die den neuen Zähler vorher beim WSE zu erwerben hat. Rechnung folgt. Danach kommt dann ein Mitarbeiter des Wasserverbandes, um den Zähler zu verplomben. Rechnung folgt.

In diesem Land sollen Bürokratie abgebaut und Bürger nicht unangemessen belastet werden. Nicht nur in Berlin findet mitunter das Gegenteil statt!

Um das neue Verfahren nachträglich zu rechtfertigen, werden jetzt technische Gründe vorgeschoben. Es dürfe nicht passieren, dass das Trinkwassernetz durch Rückfluss verunreinigt wird. So gesehen müsste aber der eventuelle Rückfluss schon am Hausanschluss verhindert werden und man dürfte nicht einmal mehr selbst einen Hahn am Waschbecken wechseln. Ehrlich ist das nicht.

Sogar die DIN 1717 (Schutz der Wasserqualität) stellt für die Abgabe von Trinkwasser für den Garten keine zusätzlichen Anforderungen.

Bisher hat die gesonderte Abgabe von Wasser für den Garten reibungslos funktioniert. Nun soll der günstigere Preis aber auch nicht zu Missbrauch oder Verschwendung verführen. In Zeiten knapper Ressourcen ein wichtiges Anliegen. Umso mehr erstaunte der Auftritt von Verbandsvorsteher Bähler im Mai vor dem zuständigen Ausschuss in Altlandsberg, wo er völlig irritierende Erklärungen abgab: Es ginge nicht darum zu sparen, er müsse Wasser *verkaufen*!

Dann erscheint es schon „logisch“, die Bürger mit hohen technischen Kosten zu bewegen, ihre nicht immer großen Abnahmemengen für den Garten lieber zum vollen Preis, also einschließlich der Entsorgung, zu kaufen. Geld für eine Leistung, die nicht erbracht wird? Nun wird von verschiedenen Akteuren versucht, zu beschwichtigen: Vielleicht könnte eine Pauschalmenge (von bis zu 20%) des Gesamtverbrauchs als Gartenwasser ohne Entsorgungskosten geliefert werden. Dann bleiben DIN- und weitere Vorschriften jedoch komplett außen vor! Der Verband Panketal praktiziert das so ähnlich – die Mehrzahl der anderen allerdings nicht. Aber wer benötigt oder verbraucht wirklich wie viel? Bei Strom oder Gas gibt es auch nur eine Antwort: Zähler. Und das ist in Ordnung.

Unser Verband versucht, ein seltsames Eigenleben zu entwickeln, das es so nicht geben darf. Die dort vertretenen Bürgermeister sollten sich mit Augenmaß zu einem für beide Seiten praktikablen und bezahlbaren Zählerwechsel verständigen.

Wilfried Hertel, Vors. der Basisorganisation

(... Fortsetzung)

kommunalen Wohnungen klein aber nicht unwichtig.

Das Baugeschehen ist auch in unserer Gemeinde rückläufig weil, die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wegen fehlender oder gestrichener Förderprogramme den Abriss einiger Gebäude billiger macht, die eigentlich zu sanieren wären.

Hier werden Impulse vom Land und Bund gebraucht, damit nicht nach Leerstand der Abriss droht. Lösungen auch gemeinsam mit den Nachbargemeinden oder mit Investoren, die zur Wohnraumerhaltung beitragen, sind gefragt.

Kommunale Wohnungen erhalten, sanieren und erweitern gehört zur Daseinsfürsorge. Dafür sollten für die nächsten Jahre auch eigene Haushaltsmittel vorgesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Kraatz, Fraktionsvorsitzender

Die Geschichte vom Mähroboter und dem Igel...

Felix. Ein kerngesunder Igel. Mit 680g verlässt der kleine Stacheljunge sein Winternest. Gesund spaziert er in seinen ersten Frühling. Geboren wurde er erst ein Jahr zuvor. Doch bei seiner igeltypischen nächtlichen Nahrungssuche wird er von einem Mähroboter verletzt. Der Tierarzt kann ihm nicht mehr helfen.

Felix. Der Grund, weshalb wir über Mähroboter reden müssen. Egal was viele Hersteller behaupten – sicher sind die meisten dieser Geräte nicht, nur sehr wenige erkennen Igel mit ihren Kameras und halten an. Der Rest fährt weiter. Nur läuft der Igel leider nicht weg. Er verharrt und schnuppert, das komische Ding riecht ja auch echt lecker nach all den Insekten die es schon lautlos zerkleinert hat.

Und schon ist es passiert: Igel trifft Mähroboter. Leider geht es für den stachligen Gartenbewohner meist nicht gut aus. Schwere Verletzungen sind die Folge. Mit Glück wird der verletzte Igel gefunden und kann durch viel ehrenamtlichem Einsatz gerettet werden. Hat er Pech, stirbt er nach stunden- oder tagelangen Qualen allein in seinem Versteck. Ein völlig unnötiger Schmerz und Tod.

Die Lösung wäre ganz einfach: Man verhindert, dass Igel und Mähroboter sich treffen. Der Igel ist nachtaktiv, der Mähroboter kann daher am Tag fahren. Leider ist vielen diese lautlose Gefahr nicht bewusst. Wie dann damit umgehen. Aufklären? Machen wir gerne, stets und ständig, seit vielen Jahren. Trotzdem steigt die Zahl der verletzten Tiere in Igel-Pflegestellen jedes Jahr an. Es gibt ja auch immer mehr Mähroboter. Mehr Sicherheit seitens der Hersteller fordern? Das ist in Arbeit, es wurden sogar schon Crashtest-Igeldummies entwickelt. Die haben wir sogar schon einmal selber in der Hand gehabt. Und ja, es gibt sogar einige Hersteller, die sich dem Thema zugewandt haben. Mehr Sensoren, etwas mehr Sicherheit, aber eben auch sehr viel teurer. In Zeiten allseits steigender Preise nicht unbedingt förderlich.

Was nun? Aufklären wird überhört. Technisch aufrüsten machen nicht viele. Eigentlich könnte man auch einfach einen preiswerten Dämmerungssensor einbauen, der den Mähroboter im Dunklen stoppt. Sowas steckt in jeder billigen Solarlampe aus dem Baumarkt. Auf nationale Gesetzgebung hoffen? Ein Entwurf existiert seit Jahren und es geht nicht vorwärts. Bleibt nur noch die lokale Ebene.

Deswegen haben wir in der Gemeindevertretung einen Antrag für ein Nachtfahrverbot für Mähroboter eingebracht. Aber laut Aussage der Gemeindeverwaltung wäre dafür der Landkreis zuständig, für die Kontrollen ebenfalls. Wie wirksam diese sind, sehen wir am Einhalten der Leinenpflicht in unseren Naturschutzgebieten. Und jetzt? Wir bleiben dran auf allen Ebenen und auch an den verletzten Igeln.

Noch ein Wort zu Mährobotern generell? Die finden wir völlig unnötig. Ein stets kurz gemähter Rasen bietet keinen Nektar, keinen Lebensraum für Insekten und braucht Unmengen wertvolles Wasser – deshalb lieber weniger mähen, Natur genießen, Geld und Wasser sparen.

Steffi Schwabe, Gemeindevertreterin
und das Team von Stachelkugel e.V.

---

neu bei den Linken seit Januar 2025

Anja Richter, 36 Jahre
Online Marketing Managerin

„Ich bin beigetreten, weil ich nicht Teil des Rechtsrucks in Deutschland sein möchte und meine Werte am ehesten in der Linken abgebildet sehe.
Wichtig sind mir vor allem die Themen Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Gemeinwohl und ihre Anwendung z. B. bei den Themen Mieten, Löhne, Umverteilung, Asyl, Feminismus, Diversity & Co.
Kein Mensch ist illegal. Tax the rich!“

übrigens...

... hat eine Bürgerin aus Woltersdorf 101(!) vom Wasserverband zugelassene Installationsunternehmen um ein Angebot für den Gartenwasserzähler-Wechsel angefragt. Nur 21 haben überhaupt geantwortet, ganze 7 mit einem detaillierten Angebot. Diese reichten von knapp 300 bis fast 881 €.

nach Victoria Schloder, in der MOZ vom 6. Juni 2025, S.13

Anliegerstraßen

Ausbaukosten müssen gedeckelt werden

Das Ausbauprogramm 2020/28 für unbefestigte Anliegerstraßen, die laut Erschließungsbeitragssatzung beitragspflichtig sind, wurde im Jahr 2022 vorläufig ausgesetzt. Wegen der ständig angestiegenen Baupreise lagen die von den Anliegern zu tragenden Kosten für ein Bespielgrundstück von 1.000 m³ je nach Ausbauart damals schon zwischen 10.000 und 20.000 €, Tendenz steigend.

Aber den Straßen- und Wegebau auf Dauer ruhen zu lassen, behebt alte Missstände nicht, wird dem weiter wachsenden Verkehr nicht gerecht und verhindert Verbesserungen der Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger.

Um den nötigen Ausbau von Anliegerstraßen weiter voranbringen zu können und dabei die Beitragskosten der Anlieger im zumutbaren Rahmen zu halten, wurde eine Überarbeitung der Erschließungsbeitragssatzung notwendig. Daran wird gegenwärtig in der Verwaltung gearbeitet. Vor allem geht es darum zu differenzieren, in welchen Straßen im Interesse der Allgemeinheit tatsächlich ein höherer Bauaufwand erforderlich ist und welche Kostenanteile dafür aus der Gemeindekasse zu tragen sind.

Die Charlottenstraße West in Petershagen ist beispielhaft dafür: Das höhere Verkehrsaufkommen und der sichere Weg zur Schule machen es nötig, hier auch einen Bürgersteig sowie Halte- und Parkflächen zu bauen.

Umwelt- und Verkehrsausschuss und Gemeindevertretung werden die Satzung zeitnah so den veränderten Realitäten anpassen, dass wieder gebaut werden kann, ohne die Anlieger finanziell zu überfordern.

Thomas Kraatz, Mitglied im Bauausschuss

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahrenden Auszügen vor.

https://www.facebook.com/dielinke.petershagen.eggersdorf

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz
Elbestr. 5
15370 Petershagen

Erika Kühn
Karl-Liebknecht-Str. 34
15345 Eggersdorf